



Ein solidarisches und lebenswertes Berlin für alle

Sozialpolitische Forderungen der Caritas zur Abgeordnetenhauswahl 2023



Einleitung

Gerade vor dem Hintergrund der Folgen der aktuellen Krisen sieht sich der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. aus christlicher Verantwortung besonders den Menschen gegenüber verpflichtet, die der Hilfe und Unterstützung in unterschiedlichen Lebenslagen bedürfen. Die Folgen der Corona-Pandemie, die Flucht vieler Menschen nach Berlin, infolge des Ukraine Krieges, hohe Energiepreise und steigende Inflation lassen uns die Menschen in den Blick zu nehmen, die auf Grund prekärer Lebensverhältnisse von der sozialen Teilhabe ganz oder teilweise ausgeschlossen sind. Denn der Charakter einer Gesellschaft zeigt sich stets daran, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht.

Soziale Teilhabe bedeutet, dass jeder Mensch das Recht und die Möglichkeit hat, an den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prozessen einer Gesellschaft zu partizipieren, diese aktiv mitzugestalten und mitzubestimmen. Dies zeigt sich für uns konkret darin, dass ein gleichberechtigter Zugang zum Bildungs- und Ausbildungssystem, zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zum bürgerschaftlichen Engagement, sowie zu den Leistungen des Sozialstaates für alle Berlinerinnen und Berliner besteht. Alle Berlinerinnen und Berliner müssen die Möglichkeit erhalten, nachhaltig mobil zu sein und sich am Ressourcen- und Klimaschutz beteiligen zu können.

Dafür gibt es noch viel zu tun!

Mit diesem Papier wollen wir den Fokus auf die für uns politisch relevanten Themen lenken, die für eine solidarische und zusammenhaltende Gesellschaft wichtig sind.

Die Einrichtungen und Dienste des Caritasverbandes, seine Mitglieder und Fachverbände leisten, ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, ihren Beitrag zur Verwirklichung einer solchen Gesellschaft. Dazu gehören die vielfältigen Beratungs-, Betreuungs- und Therapieangebote und die unterschiedlichen Möglichkeiten der ambulanten und stationären Versorgung. Das Spektrum umfasst alle Lebensbereiche, vom Adoptions- bis zum Hospizdienst, von der Kindertagesstätte, der Kinder- und Jugendeinrichtung, den Krankenhäusern, der Sucht- und Behindertenhilfe, den Migrationsdiensten bis zum Pflegeheim oder der Kältehilfe für obdachlose Menschen.

Die Rahmenbedingungen, unter denen diese Versorgung stattfinden kann, werden zu einem großen Teil von Politik und Verwaltung gesetzt. Von den politisch Verantwortlichen dieser Stadt erwarten wir daher eine deutlich stärkere politische und haushalterische Schwerpunktsetzung bei allen in diesem Papier angesprochenen Themenfeldern.

Eine auskömmliche Finanzierung der sozialen Dienste gerade in diesen Krisenzeiten liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, da sie eine notwendige Bedingung für die soziale und gesundheitliche Daseinsvorsorge und eine dauerhafte und hochwertige Leistungserbringung der Einrichtungsträger ist.

Prof. Dr. Ulrike Kostka
Diözesancaritasdirektorin

Cornelia Piekarski
Vorständin Fachpolitik und Innovation



Caritas Foodtruck: Essensausgabe an Bedürftige
© Deutscher Caritasverband e.V./Harald Oppitz, KNA

Armutsbekämpfung

Der Caritasverband fühlt sich aus christlicher Verantwortung den benachteiligten Menschen in der Gesellschaft besonders verpflichtet. Dies geschieht auch aus der Überzeugung heraus, dass Armut, die in all ihren Facetten (z.B. als Bildungsarmut) und nicht nur in einem monetären Sinne zu betrachten ist, zu sozialen Verwerfungen und Spannungen führt, aufgrund der Verfestigung von Benachteiligungen demokratiefeindliche Bestrebungen befördert und den sozialen Frieden gefährdet. Die Bekämpfung von Armut ist somit über die individuelle Schaffung von Personenwohl, Gerechtigkeit und Perspektiven hinausgehend auch von universellem, gesamtgesellschaftlichem Interesse.

Seit 2018 wurde in allen Berliner Bezirken die Allgemeine Unabhängige Sozialberatung wieder eingerichtet. Inzwischen hat sich das Angebot etabliert und wird stark nachgefragt. Wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur in einem subsidiären Sozialstaat sind auch die Dienste, die Menschen in existentiellen Notlagen mit Beratung und unmittelbaren Hilfen zur Seite stehen. Wie bedeutsam diese Hilfen sind, damit Armut und Ausgrenzung nicht in Verelendung führen, haben die Covid-19-Pandemie und die Energiekrise, die Notlagen noch einmal verschärft haben, deutlich vor Augen geführt. Der Sozialstaat und die Angebote der Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatung werden jetzt besonders nötig gebraucht!

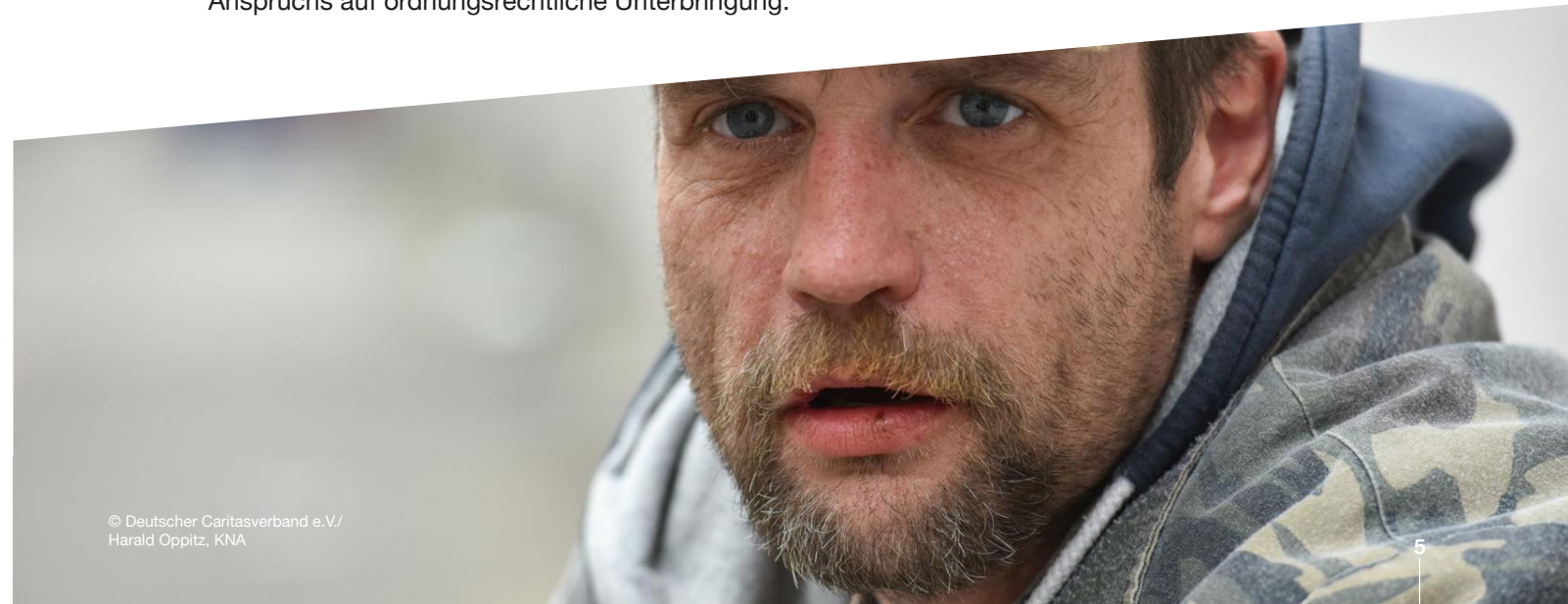
Die Allgemeine Unabhängige Sozialberatung muss daher dauerhaft finanziell an die Bedarfe angepasst und zeitnah weiter ausgebaut werden. Dies betrifft in gleicher Weise spezialisierte Dienste wie die Schuldner- und Insolvenzberatungen, die vor allem darauf ausgerichtet werden müssen, in der drohenden Nach-Pandemiebedingten Insolvenzwelle adäquate Hilfsangebote zu unterbreiten.

Langzeitarbeitslosigkeit führt zu einer Vielzahl an Ausgrenzungs- und Armutserfahrungen. Förderungen wie das Teilhabechancengesetz ermöglichen Langzeitarbeitslosen wieder Perspektive und Halt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise leisten Projekte wie der „Stromspar-Check (SSC) Aktiv“ einen aktiven Beitrag zur Energieeinsparung in den Haushalten und praktischen Umweltschutz.



Die Caritas fordert:

- ▶ Erhalt und Ausbau sozialer Dienste, insbesondere der Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatung, aber auch der Schuldner- und Insolvenzberatung.
- ▶ Bekämpfung der Folgen von Pandemie, Energiekrise und Inflation für Armutsbetroffene mit gezielten und langfristigen Programmen sowie einen dauerhaften Härtefallfonds des Landes für von Not betroffene Menschen.
- ▶ Dringende Verbesserung der Erreichbarkeit von Ämtern und Behörden.
- ▶ Ausbau digitaler Zugänge zu Sozialleistung, wie auch Möglichkeiten der persönlichen Kontaktaufnahme und Beratung.
- ▶ Dauerhafte Weiterführung der Landes-Kofinanzierungen für Maßnahmen nach § 16i SGB II und für das Projekt Stromspar Check(SCC)-Aktiv.
- ▶ Schaffung und Erhalt bezahlbaren Wohnraums in Berlin sowie umfassende Maßnahmen, Wohnungslosigkeit zu vermeiden und zu beenden, um wohnungslose Menschen wieder in eigenen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum zu bringen.
- ▶ Bereitstellung von weiteren Grundstücken und Förderprogrammen zur Schaffung von Wohnraum für sozial- und gemeinwohlorientierte Unternehmen.
- ▶ Bekämpfung von Straßenobdachlosigkeit durch existenzsichernde Maßnahmen auch für Menschen ohne sozialrechtliche Leistungsansprüche, insbesondere durch Durchsetzung eines allgemeinen Anspruchs auf ordnungsrechtliche Unterbringung.



© Deutscher Caritasverband e.V./
Harald Oppitz, KNA



Angekommen: Familie Mohammadi, unterstützt durch ehrenamtliches Engagement © Walter Wetzler

Migration und Integration

Die Caritas leistet mit ihren Mitgliedern und Fachverbänden einen aktiven Beitrag zu mehr interkultureller Öffnung und Diversität, u.a. durch Umsetzung des Berliner Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft. Die Prävention und Bekämpfung von Diskriminierung und antidemokratischen Entwicklungen in der Gesellschaft, auch in unseren eigenen Organisationsstrukturen, ist uns ein wichtiges Anliegen.

Vor diesem Hintergrund fordern und fördern wir die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Sinne einer umfassenden Inklusion, die sich als wechselseitiger Prozess der gesamten Gesellschaft versteht: Allen Menschen, die hier leben, soll eine umfassende selbstbestimmte wirtschaftliche, soziale, kulturelle, rechtliche und politische Teilhabe möglich sein.

Unser politisches Engagement hat das Ziel, dass in Deutschland Menschenrechte garantiert, humanitäre Standards umgesetzt, Schutzsuchenden menschenwürdige Aufnahme gewährt sowie allen Migrant*innen ein Leben in Würde und Sicherheit ermöglicht wird.



Die Caritas fordert:

- ▶ Gleichberechtigter Zugang von Migrant*innen zur Arbeitsmarktförderung. Migrant*innen haben aktuell einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Es besteht zudem ein erhöhtes Risiko von Ausbeutung.
- ▶ Gleichberechtigter Zugang zur Gesundheitsförderung, da insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund mit chronischen Erkrankungen, Behinderungen, psychischen Belastungen und Traumatisierungen zu den vulnerablen Gruppen gehören.
- ▶ Unterstützung von Menschen mit Fluchterfahrung bzw. Zuwanderungsgeschichte für selbstbestimmtes Wohnen. Sie haben einen erheblich eingeschränkten Zugang zum Wohnungsmarkt und sind häufig inadäquat untergebracht (insbesondere in Unterkünften für Geflüchtete und der Wohnungslosenhilfe).
- ▶ Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen und besserer Zugang zu Bildung.
- ▶ Zugang und Finanzierung von Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten.
- ▶ Ausreichende Finanzierung und Co-Finanzierung von Beratungsangeboten mit Querschnittsaufgaben (Migrationsberatung für Erwachsene, Jugendmigrationsdienste, Asylverfahrensberatung).
- ▶ Personelle Verstärkung der Abschiebungsbeobachtung am Flughafen BER, die strukturelle Missstände bei Rückführungen identifiziert und dazu beiträgt, dass Grund- und Menschenrechte gewährleistet werden.
- ▶ Das Land Berlin soll auf der Bundesebene eine Initiative starten, die bei Geflüchteten zu einer schnelleren Integration durch Arbeit sorgt. Geflüchtete brauchen einen sofortigen Zugang zu Sprach-, Qualifizierungs- und Arbeitsförderungsinstrumenten.

Engagementpolitik / Freiwilliges Engagement

Der Grundpfeiler für eine lebendige und demokratische Stadtgesellschaft und somit ein wichtiges Anliegen der Caritas. In Zeiten besonderer gesellschaftlicher Herausforderungen, wie in der Corona-Pandemie und bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Folge des Ukraine-Krieges, zeigt sich, dass die Zivilgesellschaft rasch reagiert und ehrenamtliches Handeln unverzichtbar ist. Die Wichtigkeit des Engagements der Berlinerinnen und Berliner spiegelte sich 2020 in der politischen Anerkennung des Ehrenamtes als systemrelevant wider.

Engagementpolitik muss sich als eine Politik verstehen, die auf sozialen Zusammenhalt und eine Stärkung der Demokratie ausgerichtet ist. Die im Dezember 2020 verabschiedete Berliner Engagementstrategie 2020-2025 bietet hier mit ihren 100 Handlungsempfehlungen konkrete Anknüpfungspunkte.



Die Caritas fordert:

- ▶ Die kontinuierliche Umsetzung der Berliner Engagementstrategie unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure.
- ▶ Diversität und Vielfalt: Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement und zu den Freiwilligendiensten müssen allen Interessierten offen stehen. Der Anspruch auf soziale Teilhabe ist für die Zielgruppen zu stärken, die bisher im Engagement wenig vertreten sind, dies sind z.B. Menschen mit niedrigem Bildungsstatus, Menschen mit Handicaps und von Armut betroffene Menschen. Gleichberechtigte Teilhabe muss mit passgenauen Informationen und dem Abbau von Zugangshindernissen ermöglicht werden.
- ▶ Strukturelle Stärkung des Engagements – Ehrenamt braucht Hauptamt. Freiwilligenmanagement und Freiwilligenkoordination müssen als hauptamtliche Struktur bei der finanziellen Förderung von Projekten und Organisationen verankert werden.



Die Caritas-Onlineberatung
© stock.adobe.com Maria Savenko

Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert das Zusammenleben der Menschen in der Stadt. Sie führt zu Veränderungen im Arbeitsleben und im Kontakt der Menschen zueinander. Der digitale Zugang muss so gestaltet werden, dass alle Menschen ihn erhalten. Der gesellschaftliche Transformationsprozess darf nicht dem Zufall überlassen werden, sondern muss aktiv mit allen Menschen gestaltet werden.



Die Caritas fordert:

- ▶ Die Übergangszeit benötigt Medienkompetenz. Dazu bedarf es Beratung und Unterstützung aller.
- ▶ Jede/r bedürftige BerlinerIn und Berliner erhält einen individuell geeigneten Zugang zum Internet und zu Endgeräten.
- ▶ Die bestehende soziale Infrastruktur, wie in Stadtteilzentren, Beratungsstellen und offenen Anlauforten muss digitalisiert werden.
- ▶ Die Beratung und Unterstützung, Fortbildung, Schulung der Fachkräfte muss sichergestellt werden.
- ▶ Die digitalen Barrieren der öffentlichen Verwaltung müssen abgebaut werden (Benutzerfreundlichkeit, Sprache).
- ▶ Die Finanzierung der Digitalisierung in der Freien Wohlfahrtspflege muss gesichert sein.



Junge Ehrenamtliche
© Deutscher Caritasverband e.V./ Harald Oppitz, KNA



Eine Mitarbeiterin der Caritas-Pflegedienste im Einsatz
© Walter Wetzler

Pflege

Die vielen Einrichtungen des Caritasverbandes und seiner Mitglieder leisten in der stationären Altenpflege, der ambulanten Pflege sowie der Pflege in Krankenhäusern einen wichtigen Beitrag zur Erbringung pflegerischer Leistungen in Berlin. In den letzten Jahren ist die Pflege, insbesondere durch die Pandemie, hohen Belastungen ausgesetzt gewesen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dazu führen, dass qualitativ hochwertige Pflege erbracht werden kann. Pflegepersonen sollen mit Freude und Interesse diesem besonders anspruchsvollen und sinnstiftenden Beruf nachgehen können.



Die Caritas fordert:

- ▶ Die Selbstorganisation der beruflich Pflegenden muss unterstützt werden, z.B. durch Errichtung einer Pflegekammer. Die Berufsgruppe muss an der Ausgestaltung aller relevanten Regelungen, Verordnungs- oder Gesetzesvorhaben beteiligt werden.
- ▶ Die Leiharbeit in der Pflege ist ein Risiko hinsichtlich der qualitativ hochwertigen Versorgung von zu Pflegenden. Darüber hinaus führt sie zur Störung des Betriebsfriedens und dem Ausscheiden vieler Mitarbeitenden aus festen Anstellungsverhältnissen in der Pflege. Daher fordern wir, dass die Landesregierung sich bundespolitisch dafür stark macht, den Einsatz von Leihpersonal in der Pflege deutlich zu reglementieren.
- ▶ Die Möglichkeiten und finanziellen Bedingungen für berufsbegleitende Qualifizierungen in der Pflege sollen verbessert werden.
- ▶ Die ambulanten Pflegedienste werden auch weiterhin auf die Nutzung von Fahrzeugen angewiesen sein. Schon jetzt geht viel Zeit aufgrund nicht verfügbarer Parkmöglichkeiten verloren. Wir fordern eine Einbeziehung der Vertreter*innen der ambulanten Pflegedienste in die Planungen bei der Mobilitätswende.



Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen werden im Alltag nach wie vor benachteiligt: Sie können nur bedingt frei wählen, wie sie leben wollen und in welcher Form und durch wen sie Unterstützung erhalten; immer noch stehen ihnen einzelne Lebensbereiche nur eingeschränkt zur Verfügung.

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) hat sich Deutschland bereits 2009 gesetzlich verpflichtet, die Gleichstellung und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens sicherzustellen, sich für eine inklusive Gesellschaft einzusetzen und Menschen mit Behinderungen vor Benachteiligung zu schützen.

Der Caritasverband sieht sich sowohl den genannten ethischen wie auch juristischen Grundsätzen verpflichtet. Immer noch bestehende Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen müssen endlich beendet werden!



Die Caritas fordert:

- ▶ Menschen mit Behinderungen müssen selbst bestimmen können, wo, wie und mit wem sie wohnen. Wir fordern daher die barrierefreie Gestaltung von Wohnungen, des Wohnungsumfeldes sowie des Sozialraumes.
- ▶ Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) muss zügig und konsequent umgesetzt und eine gleichberechtigte, personenzentrierte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens sichergestellt werden.
- ▶ Wir fordern die Einrichtung einer Ombudsstelle bei problembehafteten Streitfällen im Zusammenhang mit dem neuen Bedarfsermittlungsverfahren (TIB-Teilhabeinstrument Berlin) und der Ziele- und Leistungsplanung. Eine solche Ombudsstelle soll zeit- und kostenaufwendige Rechtsstreitigkeiten vermeiden und Orientierung im Zusammenhang mit den neuen BTHG-Instrumenten geben.
- ▶ Wir fordern einen uneingeschränkten Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe durch barrierefreie Kommunikation (z.B. Gebärdendolmetscher*innen, Kommunikation mit Menschen mit psychischer Erkrankung) auf allen Ebenen sowie die Sicherstellung qualifizierter, individueller Assistenzleistungen.

Krankenhäuser

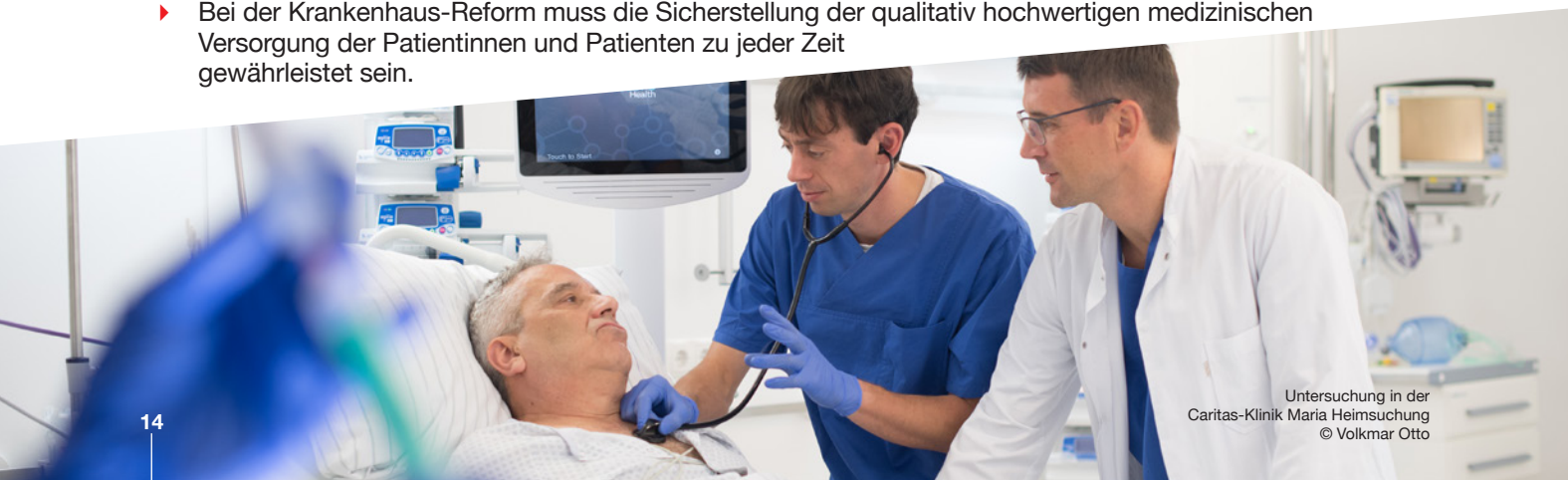
Alle Bürger*innen dieser wachsenden Stadt Berlin vertrauen darauf, in einem Krankheitsfall schnell, umfassend und mit hoher Qualität versorgt zu werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei alle Berliner Krankenhäuser. Gelingen kann eine angemessene medizinische Versorgung nur, das hat die Corona-Pandemie eindringlich gezeigt, wenn alle beteiligten Akteurinnen und Akteure gemeinsam dieses Ziel verfolgen und somit alle Ressourcen sinnvoll eingesetzt und genutzt werden können. Die zehn katholischen Krankenhäuser mit 3.200 Betten leisten hierzu einen maßgeblichen Beitrag.

Die Aufgabe des Landes ist es, eine umfassende medizinische Versorgung für alle Menschen in Berlin sicherzustellen. Dafür müssen politisch Rahmenbedingungen geschaffen werden, die alle Krankenhäuser in die Lage versetzen, ihre Aufgaben wirklich adäquat erfüllen zu können.



Die Caritas fordert:

- ▶ In den kommenden Haushalten muss das jetzt erreichte Investitionsniveau für die Plankrankenhäuser im Laufe der nächsten Legislatur an den tatsächlichen, ermittelten Bedarf (488 Mio. € jährlich) angepasst werden.
- ▶ Die Weiterentwicklung und Modernisierung des Gesundheitsstandortes Berlin hat unter Einbeziehung aller Krankenhausträger zu erfolgen, nicht nur der kommunalen Krankenhäuser.
- ▶ Die Landespolitik soll sich auf Bundesebene für eine sachgerechte Vergütung der Krankenhausleistungen einsetzen. Die Refinanzierung der Tarifentwicklung muss gesichert sein, damit gerechte Löhne gezahlt werden können. Zudem müssen angemessene Vorhaltekosten berücksichtigt werden.
- ▶ Für die Krankenhausplanung müssen auch in Zukunft die Länder zuständig bleiben, damit die Planung entsprechend den Bedarfen der Bevölkerung erfolgen kann und den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Regionen Rechnung getragen wird.
- ▶ Bei der Krankenhaus-Reform muss die Sicherstellung der qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten zu jeder Zeit gewährleistet sein.



Untersuchung in der
Caritas-Klinik Maria Heimsuchung
© Volkmar Otto



Das Caritas-Kinder- und Jugendhaus Marienschutz
bietet Kindern und Jugendlichen ein Zuhause.
© Angela-Kroll

Bildung in den Erziehungshilfen fördern

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft Berlins. Daher werden ihre Bildung und Entwicklung gefördert. Gleichzeitig werden sie vor Gewalt und Vernachlässigung geschützt. Manche Kinder und Jugendliche können aus verschiedenen Gründen nicht bei ihren Eltern aufwachsen. Ca. 300 von ihnen erhalten in den zehn Einrichtungen unter dem Dach der Caritas ein neues Zuhause. Um ihnen trotz fehlenden Elternhauses eine bessere Zukunft zu ermöglichen, ist das Land Berlin aufgefordert, die Rahmenbedingungen deutlich zu verbessern. Durch Schulabschluss, Studium, Ausbildung und Arbeit erhalten sie eine positive Lebensperspektive.



Die Caritas fordert:

- ▶ Zusätzliches Betreuungspersonal, um auf die individuellen Bedarfe eingehen zu können.
- ▶ Individuelle Lernhilfen, um die Bildungsbenachteiligung abzubauen.
- ▶ Durch Schaffung eines „Innovationsfonds Jugendhilfe“ Angebote für besonders benachteiligte Kinder und Jugendliche („Systemsprenger*innen“) an der Schnittstelle Schule/Psychiatrie/Jugendhilfe zu entwickeln, umzusetzen und zu evaluieren.
- ▶ Durch zusätzliche Ausbildungs- und duale Studienplätze, Anleitung, Qualifizierungs- und Quereinstiegsprogramme Menschen für das Arbeitsfeld zu begeistern und zu gewinnen.



Kindertagesstätten

In Kitas pulsiert das Leben. An keinem anderen Ort kommen die unterschiedlichsten Persönlichkeiten zusammen, um begeistert miteinander Neues auszuprobieren, bester Freund und Freundin zu werden, die eigenen Grenzen zu erfahren und sich dabei ganz stark zu fühlen.

An keinem anderen Ort wird Bildung so anregend, voller Freude und selbstverständlich gestaltet, so dass jedes Kind, gleich welcher Herkunft, sich individuell entwickeln kann. An keinem anderen Ort begegnen sich Mütter und Väter mit ihren vielfältigsten Familienformen und erleben Unterstützung und Stärkung, um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu schaffen.

Die Caritas vertritt im Land Berlin 65 Kitas mit 4200 Kindern, deren Eltern sich für eine christlich-wertorientierte Bildung und Erziehung ihrer Kinder entschieden haben. Damit alle Berliner Kinder gleiche Startchancen für ihr Leben erhalten, ist noch einiges zu tun.



Die Caritas fordert:

- ▶ Die Anhebung der Fachkraft-Kind-Relation für unter dreijährige Kinder auf 1:3 und für über dreijährige Kinder auf 1:7,5, damit Pädagoginnen und Pädagogen ausreichend Zeit haben, um Kinder zu fördern.
- ▶ Die Anhebung der mittelbaren pädagogischen Arbeitszeit, damit Fachkräfte im Zusammenwirken und im Dialog mit den Eltern, Kinder bestmöglich auf das Leben vorbereiten können.
- ▶ Die Einbeziehung des hohen fachlichen Know-hows katholischer Kitas bei der Weiterentwicklung der Kita- Qualität in Berlin.
- ▶ Eine auskömmliche Finanzierung für bauliche Investitionen durch das Land Berlin, um den Wegfall von Kita-Plätzen zu verhindern und neue Kita-Plätze zu schaffen.

Suchthilfe

Die Suchtberatungsstellen bilden die Grundversorgung im Land Berlin zu allen Fragen rund um Suchtmittelkonsum. Der schleichende Personalabbau in den Suchtberatungsstellen ist nach wie vor nicht ausgeglichen worden und führt sukzessive zu einer Gefährdung des niedrigschwelligen Zugangs (Kürzung der Öffnungszeiten, keine kurzfristigen Termine, etc.). Vor dem Hintergrund der geplanten regulierten Abgabe und Entkriminalisierung von Cannabis braucht es ebenfalls einen deutlichen Aufwuchs in den Drogenberatungsstellen sowie die Etablierung von systemischen Beratungsmethoden, um jugendliche Konsument*innen und ihre Eltern gut beraten zu können.



Die Caritas fordert:

- ▶ Ein deutlicher personeller Aufwuchs in den Drogenberatungsstellen ist nötig angesichts der kommenden Legalisierung von Cannabis – für Beratung und Frühintervention wie auch für die Prävention.
- ▶ Die systemisch orientierte Beratung (FriDa) von jugendlichen Konsument*innen und ihren Eltern muss als Standard etabliert und die Ausbildungskosten finanziert werden.
- ▶ Wir benötigen nach wie vor eine Regelfinanzierung für die Prävention von Medienabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen im Zentrum für Verhaltenssuchte.
- ▶ Im zukünftigen Landeskonzept Suchthilfe ist der Umfang der personellen Ausstattung von Suchtberatung zu verankern, die verpflichtend finanziert wird.

Psychosoziale Versorgung

Im Rahmen des PEP (Psychiatrieentwicklungsprogramm) werden Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen, Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke sowie Zuverdienstprojekte und der Krisendienst finanziert. Die Finanzierung ist seit vielen Jahren nicht ausreichend, so dass das Angebot sukzessive abgeschmolzen wird (Ausnahme: Krisendienst). Die PEP-Projekte bilden das Rückgrat der psychosozialen Versorgung in Berlin, sie sind niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich. Damit tragen sie wesentlich dazu bei, dass andere psychosoziale Angebote, vor allem auch die Eingliederungshilfe, entlastet werden!

Die Streichung der Mittel für die mobile, aufsuchende Arbeit, vor allem in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete betrachten wir als schweren Fehler. Gerade in den Unterkünften wirken die postmigratorischen Stressoren (Perspektivlosigkeit, räumliche Enge, kein guter Zugang zu psychosozialen Angeboten aufgrund von Sprachbarrieren des Versorgungssystems und mangelnder interkultureller Öffnung) destabilisierend auf die psychische Gesundheit.



Die Caritas fordert:

- ▶ Die Zuwendungspraxis muss dringend entbürokratisiert werden.
- ▶ Ein deutlicher finanzieller Aufwuchs des PEP, um die niedrigschwelligen (und kostensparende!) psychosoziale Grundversorgung zu sichern.
- ▶ Ein deutlicher Aufwuchs der Mittel für die aufsuchende Beratung, insbesondere in den Gemeinschaftsunterkünften sowie für Sprachmittlung, um Barrieren der Inanspruchnahme des Versorgungssystems für Geflüchtete abzubauen. Dies mindert vorhersehbar Folgekosten.
- ▶ Eine gründliche Evaluation des PEP muss durchgeführt werden.
- ▶ Das PEP muss dringend konzeptionell weiterentwickelt werden: Die Suchthilfe muss fachlich und finanziell in einer Hand (des Landes!) liegen, um eine Weiterentwicklung initiieren zu können (u.a. auch zu integrierten Suchtberatungsstellen) – Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen müssen daher in den IGPP aufgenommen werden. Im IGPP ist über den Rahmenfördervertrag auch eine Beteiligung von Liga und Leistungserbringern strukturell verankert. Ohne diese Fachexpertise ist eine gute Weiterentwicklung nicht denkbar.

Finanzierung sozialer Dienste

Die Caritas erbringt vor dem Hintergrund ihres Selbstverständnisses und der gewünschten Subsidiarität für die Berlinerinnen und Berliner ein breites Angebot an Beratung, Unterstützung, Hilfe und Pflege. Diese Angebote sind notwendig, sowohl zur Erfüllung der grundsätzlichen Daseinsvorsorge, als auch der individuellen sozial-rechtlichen Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger. Da die Caritas sozialstaatliche Aufgaben und Aufträge übernimmt, müssen diese auch finanziert werden. Jedoch ist die Finanzierung, insbesondere bei der gestiegenen Inflation und Energie, in Berlin nicht kostendeckend. Es fehlt an nachhaltiger Unterstützung zur Verringerung des Energieverbrauchs und des CO²-Ausstoßes.



Die Caritas fordert:

- ▶ Die vollständige Finanzierung der Flächentarife (nicht Haustarife) und der inflations- und energiebedingten Kostensteigerungen sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene.
- ▶ Die Finanzierung der notwendigen Trägergemeinkosten.
- ▶ Budgetmodelle dürfen nicht dazu führen, dass die individuellen Rechtsansprüche umgangen werden und es zu Rationierungen von Sozialleistungen führt. Die Teilnahme an Budgetmodellen soll Trägern freigestellt werden.
- ▶ Förderprogramme zur nachhaltigen energetischen Erneuerung der Gebäude und Elektromobilität der sozialen Einrichtungen.

© Deutscher Caritasverband e.V.

Ihre Ansprechpartner*innen

**DIÖZESANCARITASDIREKTORIN
VORSTANDSVORSITZENDE**
Prof. Dr. Ulrike Kostka
Tel. (030) 666 33-10 10
u.kostka@caritas-berlin.de

**VORSTAND FACHPOLITIK
UND INNOVATION**
Cornelia Piekarski
Tel. (030) 666 33-10 20
c.piekarski@caritas-berlin.de

**LEITUNG GESUNDHEITS-,
SOZIAL- UND FACHPOLITIK**
Martina Löster
Tel. (030) 666 33-10 91
m.loester@caritas-berlin.de
Jens-Uwe Scharf
Tel. (030) 666 33-10 54
j.scharf@caritas-berlin.de

**WOHNUNGSLOSENHILFE
UND EXISTENZSICHERUNG,
STRAFFÄLLIGENHILFE**
Kai-Gerrit Venske
Tel. (030) 666 33-11 46
k.venske@caritas-berlin.de

MIGRATION UND INTEGRATION
Peter Botzian
Tel. (030) 666 33-11 43
p.botzian@caritas-berlin.de

FREIWILLIGES ENGAGEMENT
Katja Eichhorn
Tel. (030) 666 33-12 79
k.eichhorn@caritas-berlin.de

DIGITALISIERUNG
Volker Schrinner
Tel. (030) 666 33-12 34
v.schrinner@caritas-berlin.de

PFLEGE
Swantje Kersten
Tel. (030) 666 33-10 87
s.kersten@caritas-berlin.de
Ina Tiedemann
Tel. (030) 666 33-1260
i.tiedemann@caritas-berlin.de

**TEILHABE FÜR MENSCHEN
MIT BEEINTRÄCHTIGUNGEN**
Grit Mattke
Tel. (030) 666 33-11 87
g.mattke@caritas-berlin.de

KRANKENHÄUSER
Martina Löster
Tel. (030) 666 33-10 91
m.loester@caritas-berlin.de

ERZIEHUNGSHILFEN
Jens-Uwe Scharf
Tel. (030) 666 33-10 54
j.scharf@caritas-berlin.de

KINDERTAGESSTÄTTEN
Petra Staudenherz
Tel. (030) 666 33-10 66
p.staudenherz@caritas-berlin.de

**SUCHTHILFE,
SUIZIDPRÄVENTION**
Silke Biester
Tel. (030) 666 33-10 52
s.biester@caritas-berlin.de

**FINANZIERUNG
SOZIALER DIENSTE**
Berthold Grochowski
Tel. (030) 666 33-10 63
b.grochowski@caritas-berlin.de

ARBEIT, EUROPA
Sigrid Rosenbusch
Tel. (030) 666 33-10 50
s.rosenbusch@caritas-berlin.de



Impressum

Herausgeber:
Caritasverband für
das Erzbistum Berlin e.V.

Residenzstraße 90
13409 Berlin
Deutschland
Telefon: (030) 666 33-0
caritas-berlin.de

Redaktion:
Jens-Uwe Scharf,
Thomas Gleißner

Gestaltung:
die-artisten.com
Markus Wolfert

Druck auf 100%
Recyclingpapier

